

Hamburg, den 18. Januar 1924

WIRTSCHAFTSDIENST

»WELTWIRTSCHAFTLICHE NACHRICHTEN«

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv an der Universität Hamburg in Verbindung mit dem Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel
Bezugspreis vierteljährlich 6 Mark :: In Kommission bei Otto Meißners Verlag, Hamburg
Schriftleitung: Hamburg 13, Rothenbaumchaussee 5 :: Fernsprecher Hansa 2447-51 und Elbe 5052

9. Jahrgang

Wirtschaftspolitische Gedanken, die in Aufsätzen des „Wirtschaftsdienst“ entwickelt werden, stehen allein **Nr. 3** *unter der Verantwortung der Verfasser. Sie stellen keine Meinungsäußerungen der Herausgeber dar.*

Über Deutschlands Lage

Von Dr. Giuseppe Paratore,
Italienischer Finanzminister a. D., Mitglied der Kammer

Seit Monaten habe ich in Deutschland tiefgehende Nachforschungen durchgeführt; ich habe die hauptsächlichsten Männer der Regierung und Politik befragt und mich mit den angesehensten Vertretern der Wirtschaft und der Finanz unterhalten. Im folgenden fasse ich die Ergebnisse meiner Studien zusammen, über deren Einzelheiten ich im Mailänder „Secolo“ kurz berichtet habe:

I. Deutschland kann in seiner gegenwärtigen Lage keine Reparationszahlungen leisten. Da die Möglichkeit einer Anleihe ausgeschlossen ist, die vor 1914 angehäuften Ersparnisse konfisziert, im Ausland verborgen oder verbraucht sind, bleiben nur noch die normalen Einnahmen übrig, die für diesen Winter ungenügend sind, dem ganzen deutschen Volke das Leben zu erhalten.

Diese Situation hat sich in der Hauptsache folgendermaßen gebildet:

a) Abgesehen von der Haltung einiger industrieller Kreise, die mit der Beseitigung der Reparationen rechneten, haben die bis jetzt an der Regierung gestandenen Männer eine große technische Unfähigkeit in ihrem Handeln bewiesen; sich damit begnügend, in leichten Illusionen zu leben, haben sie überdies meistens gegenüber den Tag für Tag sich entwickelnden ernstesten Symptomen eine passive Haltung vorgezogen.

b) Die zwischen den Alliierten bestehende Uneinigkeit hat die negative Politik des Reiches ermutigt, um so mehr, als in gewissen Augenblicken die französische Tätigkeit darauf gerichtet schien, die Zahlungen Deutschlands unmöglich zu machen.

c) Die Reparationskommission funktionierte als politischer Körper, während sie, in Vertretung der Gläubiger, eine energische Kontrolle und Mitarbeit an der

deutschen Finanz und Wirtschaft hätte ausüben sollen. In ihrem Archiv fehlen allerdings nicht nach Maß angefertigte Studien des Institut Solvay, aber in Wirklichkeit war sie immer passiv gegenüber den Vorkommnissen, die sich im Hause des Schuldners abgespielt haben.

II. Der Hauptgläubiger Deutschlands hat das Reparationsproblem von einem überwiegend politischen Standpunkte behandelt, der die anderen Gläubiger öfters zwang, den wirtschaftlichen und finanziellen Charakter des Problems zu vernachlässigen. Selbst die Versuche Rathenau-Loucheur und Lubersac-Stinnes trugen politischen Charakter.

III. Diejenigen, die den politischen Charakter ausgeschlossen haben, haben das Problem in bezug auf den Schuldner oft vom finanziellen Standpunkte betrachtet, während es sich vor allem um ein rein wirtschaftliches Problem handelt. Daher Enttäuschungen und übertriebener Optimismus.

*

Zur gleichen Zeit, in der man die absolute Nichterfüllung Deutschlands feststellt, dessen innere politische, wirtschaftliche und finanzielle Lage sich jeden Tag trauriger und drohender gestaltet, bemerkt man fast im ganzen Reiche eine Haltung, die auf das Vorhandensein des Willens schließen läßt, das Reparationsproblem zu lösen.

Trotz dem fortwährenden Regierungswechsel fehlen noch wahrhaft fähige Männer, aber gerade deshalb würde eine wirksame Mitarbeit der alliierten Gläubiger einen sicheren Erfolg aufzuweisen haben.

Eine Untersuchung, die in den Grenzen der Wirklichkeit bleiben will, muß sich jedoch darauf beschränken,

die gegenwärtige Lage Deutschlands festzustellen, und statt damit Zeit zu verlieren, die künftige Zahlungsfähigkeit zu prophezeien, muß sie ein Aktionsprogramm vorschlagen. Im Mittelpunkt der ganzen deutschen Lage steht das Geldphänomen. Solange das Geldchaos andauert, ist jede Voraussicht und jeder Sanierungsversuch unmöglich. Das neue, an dem Preisstand gemessen, schon entwertete ¹⁾ Geld (Rentenmark) gewährt eine Periode der Besserung, die dazu benutzt werden muß, an eine durchgreifende geldliche Sanierung Hand zu legen. Man errichte die neue Bank, die das endgültige Geld auszugeben hat, dessen Deckung in guten Devisen von der Industrie und den Banken aufgebracht werden kann und muß. Das ist gar nicht so schwierig: mindestens zwei Milliarden Goldmark in produktiven Devisen können ohne Schaden ihren Weg wieder nach Deutschland finden, und die Industrie und die Banken, sichergestellt vor Beschlagnahme im Innern und ausländischen Verfolgungen, werden dieser Operation, die ihnen ja, im Grunde genommen, Gewinn bringen wird, nicht ausweichen. Die neue Bank würde dem Handel und der Industrie Kredit wiedereröffnen. An der Verwaltung könnten die alliierten Gläubiger teilnehmen, womit sie in einer korrekten Form die Kontrolle über die deutsche Wirtschaft hätten.

Die deutsche Industrie und die Banken haben übrigens schon mit Frankreich, England, der Schweiz und Holland eine Einigung getroffen zur Errichtung einer rheinischen Emissionsbank, an der sie sich mit 55 % des Kapitals beteiligen.

Sobald die Verständigung in diesem Punkte erreicht ist, müßte man Deutschland ein 4—5jähriges Moratorium gewähren, seine finanzielle Wiederherstellung und seinen wirtschaftlichen Wiederaufschwung kontrollieren und verfolgen, um, bevor das Moratorium abläuft, die Zahlungen festzustellen, die nach diesen 4—5 Jahren an die Alliierten geleistet werden können.

Man darf aber die Zahlungsbilanzen der Alliierten, wie Frankreich, Italien und Belgien, nicht beiseite lassen, auf denen die Wirkungen eines absoluten Moratoriums schwer lasten würden, insofern als sie die kontinentalen Alliierten zu einer fortdauernden Verschuldung zwingen würden, um für solche Ausgaben Vorsorge zu treffen, die im eigenen Lande weder durch Steuern gedeckt werden können noch müssen.

a) Daher müßte Deutschland während der Dauer des Moratoriums an die Alliierten jährlich 20—25 Millionen Tonnen Kohlen liefern.

Dieser Dienst müßte jedoch streng organisiert werden. Die Deutschen müssen die Kohle von der Grube zurückkaufen können und mit der bis jetzt vorgekommenen Ungehörigkeit müßte aufgeräumt werden, daß

mit Kohlen beladene Wagen von Westfalen nach Belgien und von dort nach Holland gehen, um nach Deutschland zurückzukehren. Die Alliierten müßten ebenfalls Farbstoffe, Kalisalze und Holz erhalten.

b) Obwohl das Reparationsproblem, wie schon oben angeführt, wesentlich vom wirtschaftlichen Standpunkte aus behandelt werden muß, kann man, ausnahmsweise, von der Möglichkeit finanzieller Operationen bezüglich einiger Einkünfte des Schuldners nicht absehen. Ich möchte hiermit auf die Eisenbahnen verweisen. Trotz der seit November in Kraft getretenen unsinnigen Tarife bilden sie in der Reichsbilanz einen passiven Posten ²⁾, da die Betriebskosten immer noch ungewöhnlich hoch sind (eineinhalb Millionen Beamte und Dienstpersonal) und die Ausrüstung mit der Lage eines nunmehr armen Volkes im Widerspruch steht.

Wenn jedoch der Betrieb des ganzen Netzes einer Gruppe von Geschäftsmännern anvertraut würde, die keinen Beschränkungen unterliegt, wie sie auch die denkbar vorurteilsfreieste Staatsverwaltung nicht vermeiden könnte, so würde der Betrieb aktiv werden. Einem solchen Unternehmen muß zugeraten werden. Dadurch würde ein passiver Posten von der Gesamtbilanz verschwinden, die heutigen prohibitiven Tarife könnten ermäßigt werden, und vor allem dürfte eine durch das ganze Eisenbahnnetz garantierte Finanzoperation für 225—250 Mill. \$, tilgbar innerhalb 20 Jahren, ermöglicht werden.

Während 20 Millionen dazu dienen würden, Hunderttausenden von deutschen Frauen, Greisen und Kindern das Leben zu erhalten, könnte der Rest der Anleihe den Alliierten zugewiesen werden. Auf diese Weise wäre das Moratorium nicht nutzlos für die Alliierten.

*

Während dieser Periode müßte das Reich alle seine Kräfte aufbieten, seine Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Das ist nicht unmöglich:

a) Die Rechnung 1922—1923 (April 1922 bis März 1923) schloß mit einem Ausfall von ungefähr 2500 Mill. Goldmark ab, wovon ungefähr 900 Mill. Goldmark den Fehlbetrag der Eisenbahnen und Post und 1400 Mill. Goldmark Ausgaben zur Ausführung des Versailler Vertrages darstellen.

Die Einnahmen betragen 1925 Mill. Goldmark. Nun ist es ganz offenbar — dabei ist es ganz gleichgültig, welches der Wechselkurs der Papiermark sei —, daß die Republik viel mehr ausgibt, als das Kaiserreich ausgegeben hat. Es sind also Einschränkungen erforderlich.

b) Die lokalen Finanzen müssen durchgreifend nachgeprüft werden. Nach der Reform Erzberger haben die Gemeinden, jeden Zügel in ihren Ausgaben verlierend, ungeheuere Summen vom Reich gefordert und erhalten,

¹⁾ Die Spanne zwischen In- und Auslandspreisen hat sich seit Mitte November stetig verringert. (Anmerkung der Schriftleitung.)

²⁾ Für Januar wird von der Reichsregierung ein Überschuß errechnet. (Anmerkung der Schriftleitung.)

so daß das Reich, im ganzen genommen, vier Fünftel aller Ausgaben von 60 000 Kommunen, ohne jede praktische Möglichkeit einer Kontrolle, bezahlt hat.

c) Die Steuerabgaben müssen neu organisiert und unproduktive Abgaben aufgehoben werden. Die Neuordnung der Geldverhältnisse wird eine rationellere Rentabilität der direkten und besonders der Einkommensteuer gestatten, vorausgesetzt, daß der Steuererhebungsdienst nicht mehr vom Staat besorgt wird.

d) Besonders um drei Einkünfte muß Sorge getragen werden, mit denen ein ansehnliches Resultat erreicht werden könnte. Tabak: Ertrag 1913: 56 Mill., 1922: 125 Mill.; Bier 1913: 130 Mill., 1922: 27 Mill.; Alkohol 1913: 225 Mill., 1918: 29 Mill.

Diesen drei Einkünften muß eine besondere fiskalische Organisation gegeben werden; es ist schwer zu entscheiden, ob vorzuziehen wäre, sie einer höheren und geordneteren Fabrikationssteuer zu unterwerfen oder dafür ein Monopol zu gründen, dessen Betrieb jedoch nicht dem Staat anzuvertrauen wäre.

Tabak, Bier und Alkohol können eine ganz bedeutend größere Abgabe abwerfen, als dies gegenwärtig der Fall ist und gleichzeitig, wie im belgischen Plan vorgesehen ist, ein sicheres Pfand für die Gläubiger Deutschlands bilden.

Ich muß darauf hinweisen, daß der Reichswirtschaftsrat das Steuerproblem in allen seinen Teilen studiert hat, und das Ergebnis dieser Studien, soviel mir mitgeteilt worden ist, ist sehr ernster und praktischer Natur.

Durch die beharrliche Tätigkeit der Reparationskommission muß das Sanierungswerk kontrolliert und ihm Beistand geleistet werden, während die Reparationskommission umgebildet werden und jedenfalls nach Berlin übersiedeln mußte, wo der Garantiausschuß, der bis jetzt kaum eine direkte Aktion entwickeln konnte, sich darauf beschränkt hat, nützliche Informationen zu sammeln und sorgfältige Statistiken anzufertigen.

In drei bis vier Jahren kann ein weiter Weg zurückgelegt werden, und dann wird es möglich sein, festzustellen, was Deutschland in dem darauffolgenden Zeitabschnitt von fünf Jahren an die Alliierten an Zahlungen leisten kann, die in den Eisenbahnen, Monopolen und Zöllen tatsächlich eine effektive Garantie haben werden.

Die Räumung der besetzten Gebiete muß die logische Folge dieser Regelung sein. Auch vor dem Ende des Moratoriums aber auf jeden Fall während des Moratoriums, mußte der von Frankreich ausgeübte Druck im Ruhrgebiet und Rheinland in ganz fühlbarer Weise reduziert werden und dürfte besonders keine Einmischung in das politische und wirtschaftliche Leben Deutschlands darstellen.

*

Der Sachverständigenausschuß muß ohne jeden Zeitverlust zu einem Entschluß kommen. Eine schnelle und konkrete Aktion der Alliierten kann die Krise, in der sich Deutschland befindet, noch besiegen und auf irgendeine Art die kontinentalen Kredite retten. Aber inzwischen gibt es noch ein Problem, das auf keine Untersuchung mehr warten kann: das Reich hat sich an die Vereinigten Staaten gewendet, um einen Kredit zu erhalten, der dem ganzen deutschen Volke das Leben für das erste Halbjahr 1924 sichern soll. Präsident Coolidge hat erklärt, daß er die der deutschen Republik zu leihenden 20 Mill. \$ als ein Geschäft betrachte und hat Garantien verlangt. Die Reparationskommission, d. h. Frankreich, tritt dem amerikanischen Verlangen in die Wege.

Wenn man über die Bedingungen, in denen der Mittelstand lebt, und über die furchtbare Zahl der Arbeitslosen Kenntnis hat, wenn man die Sterblichkeitsziffer der Kinder in Deutschland kennt, so kann man nicht zögern.

Ich erinnere mich der Episode Österreichs, dessen Lage im ersten Halbjahr 1922 die gleichen, obwohl in ihrer Verbreitung und Intensität weniger drückenden Phänomene als in Deutschland aufwies.

Die Alliierten schlugen damals vor, Österreich ein langes Moratorium zu gewähren zur Zahlung der Reparationen. Frankreich unterstützte den Vorschlag mit besonderer Wärme. Obwohl ich damals spät ankam, war ich anderer Meinung: ich wollte Österreich retten, ebenso wie die andern, habe aber ausgeschlossen, daß die Rettung der österreichischen Republik mit dem alleinigen Opfer Italiens bewirkt werde.

Die lange Hinausschiebung der österreichischen Reparationen stellte für die Alliierten gar keinen Verlust dar, bedeutete aber für Italien einen Verzicht auf eine bessere Quote des Spa-Abkommens. Meine Thesis hatte kein Glück.

Trotz der englischen Zweifel verfocht Frankreich mit Italien kräftig die Notwendigkeit einer internationalen Anleihe an Österreich. Der Grund dieser französischen Haltung ist in der Politik zu suchen, die Frankreich auf dem europäischen Kontinent seit der Unterzeichnung des Versailler Vertrages entwickelt.

Nun gut, Österreich ist auf dem Wege der Genesung und unter den Alliierten hat Italien allein im positiven Sinne zur Rettung beigetragen, und Italien allein hat sich in der österreichischen Wirtschaft, in Form von Beteiligungen an der Finanz und Wirtschaft, keine materiellen Entschädigungen gesichert.

Ich habe diese Episode angeführt, um zu zeigen, daß es auch vom menschlichen Standpunkte aus gerecht ist, die vom Reich in Washington gesuchte Operation zu erleichtern und ferner, um zu zeigen, welches absolute Übergewicht die politische Seite des Reparationsproblems hat.

Diese politische Seite heißt Revanchegedanke in Deutschland und Sicherheitspolitik in Frankreich und bildet ein gewaltiges Hindernis gegen jede gerechte Lösung des Problems.

Ich habe angesehenen Männern in Brüssel und auch in Paris das Ergebnis meiner Untersuchungen mitgeteilt; ich habe immer weitestgehende Zustimmung zu meinen Feststellungen und Beobachtungen gefunden. Aber besonders in Paris richtete man an mich die Frage: Existiert in Deutschland der Revanchegedanke?

Meine bejahende Antwort reduzierte beträchtlich das Werk der Überzeugung, das ich errichtet zu haben glaubte. Das Problem der Sicherheit wird in Frankreich vom ganzen Volke empfunden. Als Herr Poincaré die Rhein- und Ruhrpolitik seines Kabinetts — d. h. die Sicherheitspolitik — klarlegte, hatte Briand einen warmen Erfolg, indem er die Thesen der Regierung bekräftigte, und die Sozialisten enthielten sich der Stimmabgabe.

Die Klauseln des Versailler Vertrages schützen Frankreich nicht; die Entwaffnung Deutschlands, die so

stark verdächtigt und bezweifelt wird, wird als eine vorübergehende Garantie betrachtet; die Entmilitarisierung des linken Rheinufers und die von einigen politischen Männern vorgeschlagene interalliierte Kontrolle der Rheinlandeseisenbahnen befriedigen den französischen Geist nicht, der einen Garantievertrag, d. h. eine Militärkonvention wünscht, wodurch sich England verpflichtet.

Die öffentliche englische Meinung erkennt jedoch eine solche Konvention nicht an. Somit beherrscht die Politik der Sicherheit die französische Tätigkeit auf dem europäischen Kontinent: politische Auffassung des Reparationsproblems, Konzession von Waffen und Krediten an Polen, Tschechoslowakei und Jugoslawien.

Der Völkerbund fährt mit seinen sterilen Arbeiten fort, während sein zähester Verfechter, Lord Robert Cecil, an einen allgemeinen Sicherheitsvertrag denkt, der alsdann, von derselben englischen Meinung gutgeheißen, den größten Teil der Besorgnis und Ruhelosigkeit beseitigen sollte, zur nützlichen Lösung vieler europäischer Probleme.

Die politischen Darlehen Frankreichs an seine Verbündeten

Zuallererst die Rechtfertigung des Titels „Politische Darlehen“: Frankreich teilt seine Auslandsschulden in zwei Gruppen: politische und kaufmännische (Handelschulden). Zu den ersten zählt es die Summen, welche seine Regierung bei jenen der Vereinigten Staaten und Großbritannien borgte, zur letzteren die übrigen, auch wenn sie, wie z. B. die über 400 Mill. \$, welche es den Vereinigten Staaten für übernommenes Heeresgut schuldet, wenig kaufmännischen Charakters sind. Ebenso haben bei der Bewilligung der Darlehen, mit denen wir uns im nachstehenden zu beschäftigen haben, vor allem solche für Heereslieferungen, so ausschließlich politische Erwägungen Einfluß gehabt, daß sie die Bezeichnung „politische Darlehen“ vollständig verdienen.

Diese Darlehen haben, soweit sie in den letzten Monaten gewährt oder zugesagt wurden, besondere Aufmerksamkeit gefunden. Einmal, weil mit der äußersten Anspannung der Finanzlage und der damit begründeten Unterlassung der Rückzahlung der eigenen Schulden die Bereitwilligkeit, anderen Staaten Darlehen zu gewähren, nicht besser vereinbar erscheint, als der Zweck dieser Darlehen — Rüstungs- und verwandte Finanzierungen — mit der stets betonten friedfertigen Gesinnung des Landes und der ihm so ergebenden Darlehensnehmer.

Eine sachliche Prüfung der Kreditgewährung der französischen Regierung in der Nachkriegszeit, unter besonderer Berücksichtigung der letzten, so viel besprochenen Anleihen, scheint darum am Platze.¹⁾

¹⁾ Als Material zu dieser Darstellung dienen namentlich: League of Nations, Brussels Financial Conference 1920. The Recommendations and their Application, A Review after Two Years. Vol. IV. — League of Nations, Memorandum on Public

Im Motivenbericht zum Gesetzentwurf über das Spezialbudget 1924 findet man als Standard der französischen Forderungen am 15. November 1923 die in der Rubrik I der nachstehenden Tabelle angegebenen Zahlen, während Rubrik II die Ziffern aus der Völkerbundsschrift wiedergibt. Der Unterschied von über 1600 Mill. fr ist darauf zurückzuführen, daß in der höheren Zahl auch die im Budgetwege bewilligten Beträge enthalten sind:

Frankreichs Forderungen an andere Staaten		
Schuldnerland	Schuldbetrag (französ. fr)	
	I	II
Rußland, altes Regime	5 869 816 541	5 784 000 000
„ neues „		500 000 000
Belgien	3 772 203 086	3 772 000 000
Jugoslawien	1 780 344 619	1 747 000 000
Rumanen	1 077 822 092	1 184 000 000
Griechenland	722 035 757	82 00 000
Polen	413 543 630	928 000 000
Tschechoslowakei	120 113 416	54 0 0 000
Österreich	55 000 000	85 500 000
Italien		3) 49 000 000
Anderer		41 500 000
Vorschüsse an einige mitteleurop. Regierung n. z. Heimbeförderg. in Rußland befindlicher Kriegsgefangener	3 122 925	
Zusammen	13 767 001 037 4)	15 3: 7 000 000

Hiervon sind eigentliche Kriegsdarlehen fast 10 Milliarden, die auf Grund der nachstehenden, Pauschalermächtigungen darstellenden Gesetze bewilligt wurden, so daß keine Einzelheiten darüber im Gesetz vorgesehen sind:

Finance, 1922. — League of Nations, Statistical Enquiry into National Armaments Part II. Budget Expenditure on National Defence. L'exp. des motifs au Projet de loi portant fixation du Budget des Comptes Spéciaux en 1924, Bulletin Quotidien, Paris, 1923, sowie die großen Tageszeitungen.

²⁾ Ausschl. ein's noch näher zu verrechnenden Betrages von 800 Mill. fr's für abgetretenes Heeresgut, wozu Italien Ansprüche aufgerechnet werden sollen.

³⁾ Zurückgezahlt waren bis Mitte November 1923 nur 64,12 Mill., wovon 30 Mill. von Österreich, 22 von Jugoslawien, 11,05 von der Tschechoslowakei und 0,16 von Rumänien.